Chinas Einfluss auf die deutsche Lokalpolitik

Weltmacht trifft Kommune

Investitionen, Städtepartnerschaften, Kulturveranstaltungen oder die „Neue Seidenstraße" – die Volksrepublik China ist in wenigen Jahren zu einer sehr präsenten Größe in vielen deutschen Kommunen geworden. Chinas wirtschaftliche Aktivitäten haben vielerorts eine produktive Rolle gespielt und die Volksrepublik wird weiterhin aktiv umworben. Doch die Zusammenarbeit mit China ist nicht immer unproblematisch.

> Kristin Shi-Kupfer und Jan Weidenfeld

Manche deutsche LokalpolitikerInnen durften in der Vergangenheit bereits schmerzlich erfahren, dass chinesische Investitionsversprechen nicht immer nachhaltig und die konkreten Vorteile der chinesischen Infrastrukturinitiative der „Neuen Seidenstraße" mitunter schwer zu fassen sind. Zudem reicht der lange Arm der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) immer häufiger auch in die deutsche Lokalpolitik hinein. Für Kommunen wird der Umgang mit der aufstrebenden Weltmacht China zur Herausforderung.

Das liegt auch daran, dass China selbst nach außen offensiver, nach innen aber verschlossener geworden ist. Staats- und Parteichef Xi Jinping ist angetreten, um mangelnder Loyalität gegenüber der Partei ein Ende zu setzen. Seitdem weitet die KPCh ihre Herrschaft über alles und alle aus – FunktionärewieBürgerInnen, sogar im Ausland lebende ChinesInnen, die ihren chinesischen Pass aufgegeben haben (was der chinesische Staat aber entgegen internationaler Gepflogenheiten nicht akzeptiert). Dazu setzt die chinesische Führung die ganze Härte des Sicherheitsapparats ein, aber auch modernste Überwachungstechnologie. Beijing nutzt auch das populistische Narrativ eines erneuerten China, das wieder zu alter Größe aufsteigt.

China unter Xi: Ende der außenpolitischen Zurückhaltung

Längst hat die chinesische Regierung ihre frühere Doktrin der außenpolitischen Zurückhaltung aufgegeben: chinesische Staatsfirmen und -banken investieren gezielt im Ausland. China rüstet militärisch auf und bringt neue, oft nebulöse politische Ordnungskonzepte wie die „Geteilte Schicksalsgemeinschaft der Menschheit" in internationale Organisationen ein um universelle Werte in Frage zu stellen. Mit Hilfe eigener globaler Initiativen und Institutionen, wie der sogenannten „Seidenstraßen-Initiative" oder der Asiatischen Infrastruktur und Investitionsbank AIIB, will Beijing das eigene Image und die eigene außenpolitische und -wirtschaftliche Handlungsfähigkeit stärken.

Im Zuge des Konflikts mit den USA hat China dabei Europa als wichtiges Spielfeld identifiziert. Beijing will europäische Länder für interessenbasierte Zweckbündnisse gewinnen und aus der Allianz mit den USA herauslösen. Die EU-Regierungen sollen zu China-Themen gespalten werden.[1] Mit seinem industriellen Knowhow und offenen Märkten ist Europa zudem ein attraktiver Investitionsstandort für China, das in Zukunft zur weltweit führenden Technologienation aufsteigen will.

Neuer Ton: Systemwettbewerber und strategischer Rivale

In den vergangenen zwölf Monaten ist die Sicht auf China bei vielen europäischen Entscheidern deutlich kritischer geworden: Sowohl die EU als auch wichtige Industrieverbände, wie der Bundesverband BDI in Deutschland oder das europäische Gegenstück Business Europe in Brüssel, bewerteten China erstmals klar als Systemwettbewerber und strategischen Rivalen. Chinas Staatsapparat hat darauf offensiv reagiert, setzt auf politisch getriebene, aggressive Vertretung wirtschaftlicher Interessen sowie manipulative Propaganda und kalkulierte Druckausübung. Von Kommunen erfordert dies eine erhöhte Aufmerksamkeit für Details im Verhältnis zu chinesischen Akteuren, kritisches Nachfragen und verstärkte Vorsicht gegenüber potenzieller Einflussnahme – ohne Kooperationen mit China pauschal unter einen Generalverdacht zu stellen.

China hat viele Visitenkarten

Anders als auf deutscher Seite wird Kommunalpolitik in China zentralstaatlich gesteuert. Parteiinstitutionen wie die Abteilungen für Propaganda, die sogenannte Einheitsfront (zuständig für die Steuerung und Beeinflussung strategisch relevanter Gruppen im In- und Ausland) sowie die Abteilung für internationale Kontakte, spielen dabei Schlüsselrollen. Diesen Parteiinstitutionen untergeordnet ist zum Beispiel das für die weltweiten Konfuzius-Institute zuständige „Staatliche Führungsgruppenbüro für die internationale Verbreitung der chinesischen Sprache" (auf Chinesisch kurz Hanban genannt). Ebenso untersteht ihnen die nach außen gerne als nicht-staatliche Organisation auftretende „Vereinigung des chinesischen Volkes zur Freundschaft mit dem Ausland", welche oft federführend bei der Anbahnung und Ausgestaltung von Städtepartnerschaften agiert.

Wessen Interessen die Spieler verfolgen, ist oft nicht einfach zu erkennen

Foto: Ellicia / Unsplash

Viele chinesische Akteure bekleiden mehrere Funktionen innerhalb und außerhalb des Partei- und Staatsapparats. Im Kontakt mit deutschen Kommunen spiegelt sich dies auch darin, dass sie mehrere Visitenkarten haben können, die sie strategisch verwenden, zum Beispiel durch Nichtangabe der Parteifunktion. Es ist deshalb ratsam, dass Kommunen im Vorfeld von chinesischen Delegationsbesuchen um Biographien der TeilnehmerInnen bitten, beziehungsweise deren Hintergrund recherchieren.

Investitionen und Kredite: nicht nur zum „beiderseitigen Nutzen“

Chinesische Investitionen in Betriebe und Produktionsstätten sind aus Sicht von Kommunen wünschenswert – und vielerorts auch produktiv. Im Fall unbegründeter Verzögerungen oder mangelnder Transparenz ist allerdings Vorsicht geboten, wie beispielsweise die im Jahr 2016 gescheiterte Übernahme des Flughafens Frankfurt-Hahn durch dubiose chinesische Investoren zeigt. Kommunen sollten unbedingt immer eine fachkundige Hintergrund-Prüfung chinesischer Investoren und Unternehmen sowie deren Interessen durchführen. Chinesische Mittelsmänner und BeraterInnen (auch mit ausländischem Pass) haben mitunter nicht so sehr die Interessen der Kommunen, sondern vielmehr die des chinesischen Staats im Blick. Dennoch verlassen sich vielerorts regionale Industrie- und Handelskammern oder Investitionsagenturen auf deren Expertise.

Auch die wirtschaftliche Nachhaltigkeit chinesischer Investitionsversprechen ist für Kommunen oft schwer einzuordnen. Dies zeigt sich derzeit beispielhaft am Bau einer der größten Fabriken für Batteriezellen in Europa durch den chinesischen Hersteller CATL in Arnstadt. Dort sieht man im Rathaus bislang bewusst davon ab, Annahmen zum Beginn und Umfang zusätzlicher Gewerbesteuereinnahmen anzustellen, da die relevanten Informationen fehlen.

Bei Übernahmeangeboten für erfolgreiche regionale Unternehmen sollten Kommunen auch genau hinschauen: Jobgarantien zum Beispiel sind immer mit Vorsicht zu genießen und häufig von vorneherein zeitlich begrenzt. Im Rahmen der industriepolitischen Initiative „Made in China 2025“[2] will China einheimische Unternehmen zum Teil unabhängig von Produktionsstandorten im Ausland machen, wodurch das Risiko der Verlagerung von Arbeitsplätzen aus dem Ausland nach China steigt.

Mehr zum Thema …

Korruption und Skandale

Transparency International:
Korruptionswahrnehmungsindex CPI 2019
transparency.de/cpi

Grüne Kreistagsfraktion Wesel:
Umweltskandal in Schermbeck – Vertrauen in den Aufklärungswillen der Kreisverwaltung verloren
Offener Brief an die Regierungspräsidentin, gruene-kreis-wesel.de vom 9.1.2020: https://gruenlink.de/1pkn

Branchen-Lobbyismus

Patton, Jane:
Konzerne – Die Aktivitäten der Plastik-Lobby
In: Plastikatlas 2019, Seite 30 f., Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2020, 4. Auflage, PDF, 52 Seiten auf boell.de: https://gruenlink.de/1pkl

Naturschutzbund Deutschland:
Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes (DBV)
Berlin/Bremen 2019, PDF, 70 Seiten auf nabu.de: https://gruenlink.de/1pkj

Lobbyismus an Schulen

Kaske, Fabian / Duffy, Felix:
Lobbyismus an Schulen. Einflussnahme auf den Unterricht und was man dagegen unternehmen kann
Lobby Control, Köln 2018, PDF, 20 Seiten auf lobbycontrol.de: https://gruenlink.de/1pki

Tim Engartner:
Wie DAX-Unternehmen Schule machen. Lehr- und Lernmaterial als Türöffner für Lobbyismus
Otto-Brenner-Stiftung, OBS-Arbeitsheft 100, Frankfurt am Main 2019, PDF, 84 Seiten auf otto-brenner-stiftung.de: https://gruenlink.de/1pkk

Digitale Infrastruktur: eine Frage der Sicherheit

Die Rolle Huaweis oder anderer chinesischer Unternehmen beim Ausbau kritischer digitaler Infrastruktur wird in Deutschland seit geraumer Zeit intensiv diskutiert. Im Rahmen geltender rechtlicher Regularien und parteipolitischer Normen kann die KPCh chinesische Unternehmen zur Spionage und Sabotage im Ausland zwingen.[3] Auch in den Kommunen ist daher dringend zu einer kritischen Bewertung geraten.

Die Stadt Duisburg beispielsweise, die beim Auf- und Ausbau einer „Smart City“ frühzeitig und sehr bewusst auf Huawei-Lösungen gesetzt hatte, sieht sich kritischen Fragen zur Datensicherheit ihrer BürgerInnen ausgesetzt. Sollte aber Duisburg die Kooperation mit Huawei in Frage stellen, droht nicht nur der kostspielige Neuerwerb digitaler Infrastruktur, sondern auch die Abwanderung chinesischer Unternehmen, die sich in den vergangenen Jahren in großer Zahl in Duisburg angesiedelt haben. Die chinesische Botschaft in Berlin hat zuletzt bereits gedroht, dass eine vermeintlich unfaire Behandlung Huaweis in Deutschland empfindliche wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Bildungs-, Jugend- und Sportpolitik: Pluralismus wahren

China investiert bundesweit in den Ausbau von Chinesisch-Unterricht an deutschen Schulen. Schulpartnerschaften nutzt die chinesische Seite mitunter auch als Vehikel, um Jugendlichen ein harmonisiertes China-Bild zu präsentieren. In diesem Kontext werden Fragen zu kritischen Themen (unter anderem Menschenrechten und Medienpolitik) nicht selten mit dem Hinweis auf kulturelle Unterschiede abgewiegelt. Aufmerksamkeit ist auch geboten, wenn Konfuzius-Institute direkt in die Ausbildung junger Menschen eingebunden sind. Sie werden zumindest in Teilen von der Volksrepublik finanziert, welche die Institute gerne mit Einrichtungen wie dem Goethe-Institut vergleichen. Es gibt jedoch einige Hinweise darauf, dass die Konfuzius-Institute Teil einer sogenannten Soft-Power-Strategie sind, also den Einfluss Chinas durch weiche Methoden stärken sollen. Ihr Personal und die Unterrichtsmaterialien vermitteln zum Beispiel oft nur das von der offiziellen chinesischen Seite gewünschte Bild des Landes.

Auch im Rahmen von Sportkooperationen kann es zu Konflikten kommen: Während eines Spiels der chinesischen U20-Nationalmannschaft gegen einen Verein der Regionalliga Süd verließ die chinesische Mannschaft vorrübergehend den Platz. Der Grund: Einige Zuschauer hatten tibetische Flaggen geschwungen. Das Experiment Fußballkooperation kündigten Berlin und Beijing in der Folge auf.

Vereine: Mobilisierung im Namen der Freundschaft

Von China mitfinanzierte, in Deutschland als Verein eingetragene, sogenannte Freundschaftsgesellschaften fokussieren oft auf traditionelle und exotische Elemente der chinesischen Gesellschaft. Sie behindern eine informierte öffentliche Debatte über China eher als diese zu fördern. Mehr noch: Chinesische diplomatische Vertretungen finanzieren örtliche Vereinigungen von Studierenden und WissenschaftlerInnen. Diese versuchen sie dann für Gegendemonstrationen bei China-kritischen Protesten oder zu öffentlichen Stellungnahmen im Sinne Beijings zu bewegen.

Untereinander vernetzen und China-Kompetenz stärken

Geschäftsbeziehungen mit China sind für Kommunen potenziell lukrativ, somit ist das Bemühen um Kooperation sinnvoll – solange dies von einer sorgfältigen Analyse der Bedingungen begleitet ist. Im Vordergrund sollten hierbei Aspekte wie Transparenz, „Due Diligence“, fundierte Kenntnisse zu den Akteuren und beteiligten Institutionen auf chinesischer Seite sowie eine Analyse ihrer Interessen und Glaubwürdigkeit stehen. In der Vergangenheit hatten solche Analysen in den Kommunen aber vielfach primär die Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials zum Ziel. Eine kritische-

re Bewertung der Beziehungen zu China haben bis dato nur wenige, größere Städte, wie etwa Köln, durchgeführt.

Um sich zukünftig strategisch klug aufzustellen, brauchen Kommunen Möglichkeiten, um ihre eigene China-Kompetenz zu stärken. Sie sollten diese nicht in China in Form von BeraterInnen einkaufen müssen. Pensionierte integre DiplomatInnen könnten den Kommunen als BeraterInnen zu China-Fragen zur Seite stehen. Zugleich muss der Bund die China-Kompetenz der kommunalen Angestellten fördern. Die Kommunen müssen insbesondere auf Weiterbildungsangebote zurückgreifen können, die ihnen helfen, chinesische Konzepte und Akteure besser einzuordnen, um bei künftigen Kontaktaufnahmen ihre eigenen Interessen effizienter zu vertreten.

Die Kommunen in Deutschland (und Europa) sollten sich stärker untereinander vernetzen, wobei der Wettbewerb um chinesische Investitionen – häufig auch aufgrund knapper lokaler Haushalte – einem Erfahrungsaustausch nicht länger im Wege stehen darf. Der Impuls für eine solche Vernetzung muss aus den Kommunen kommen, sollte aber durch zentrale Akteure wie Bundesministerien, Parteien, politische Stiftungen oder auch kommunale Spitzenverbände unterstützt werden. Auf Bundesebene könnte eine zentrale Anlaufstelle zur Informationssammlung dazu beitragen, dass alle Betroffenen sich ein umfassenderes Bild chinesischer Aktivitäten auf subnationaler Ebene verschaffen können. Auf sich allein gestellt werden in Zukunft nur wenige Kommunen einen erfolgreichen Austausch mit China pflegen können.

---

1) Benner, Thorsten / Weidenfeld, Jan / Ohlberg, Mareike u.a.: „Authoritarian Advance. Responding to China's Growing Political Influence in Europe", MERICS, Berlin 2018, PDF, 53 Seiten auf merics.org: https://gruenlink.de/1pgn

2) Zenglein, Max J. / Holzmann, Anna: „Evolving made in China 2025. China's industrial policy in the quest for global tech leadership", MERICS, Berlin 2019, PDF, 80 Seiten auf merics.org: https://gruenlink.de/1pgo

3) Auswärtiges Amt: „Experten bewerten Risiken einer 5G-Beteiligung Huaweis unterschiedlich" auf bundestag.de: https://gruenlink.de/1pgp

> Kristin Shi-Kupfer leitet den Forschungsbereich Politik, Gesellschaft und Medien bei MERICS, dem Mercator Institute for China Studies. Sie ist Expertin für Chinas Digitalpolitik, Ideologie und Medienpolitik, Zivilgesellschaft und Menschenrechte.

> Jan Weidenfeld ist Leiter Development and Partnerships am MERICS und hat dort zuvor den Bereich Außenpolitik geführt. Seine Kernexpertisen sind die europäisch-chinesischen und deutsch-chinesischen Beziehungen sowie Chinas globale Sicherheits- und Infrastruktur-Außenpolitik.

Nachrichten zum Thema „Geld – Macht – Politik"

Erstes „Geisterhaus" in Berlin beschlagnahmt

Berlin (abu). Mehr als 70 sogenannte Geisterhäuser gibt es in Berlin – leerstehend und von den EigentümerInnen bis zur Unbewohnbarkeit vernachlässigt. Das verbietet schon seit Mai 2014 das Berliner Zweckentfremdungsgesetz.

Erstmals hat ein Bezirksamt – das in Pankow – eines der Häuser beschlagnahmt. Das geschah bereits im April 2019 und wurde Ende Januar 2020 durch eine Recherche der Zeitung „Neues Deutschland" öffentlich. Das Gebäude im Komponistenviertel von Weißensee wird zurzeit treuhänderisch von einer Anwaltskanzlei verwaltet. Seine 19 Wohneinheiten stehen schon seit vielen Jahren leer und sollen nun renoviert werden. „Das Wohnungsamt rechnet damit, dass die Wohnungen noch 2020 wieder bewohnbar sein werden", sagte Pankows Baustadtrat Vollrad Kuhn (Grüne).

Anders als meist in solchen Fällen reagierte die Eigentümerin des Hauses nicht auf Zwangsgelddrohungen, wehrte sich aber auch juristisch nicht gegen die Beschlagnahmung. Sie soll der sogenannten Reichsbürger-Bewegung nahestehen, welche die Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennt. Eine langfristige Auseinandersetzung vor Gericht blieb aus. Auch die Renovierungskosten müsste die Eigentümerin tragen. Bliebe sie diese ebenfalls schuldig, würde der Bezirk das Haus langfristig an eine städtische Wohnungsbaugesellschaft übergeben.

neues-deutschland.de vom 25.1.2020, tagesspiegel.de vom 4.2.2020

Hessischer AWO-Skandal

Frankfurt am Main/Wiesbaden (abu). Überhöhte Vorstandsgehälter, falsche Abrechnungen, teure Dienstwagen, dubiose Beraterverträge: Gegen Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt Frankfurt, Wiesbaden und des AWO-Bezirks Hessen-Süd werden schwere Vorwürfe erhoben. Seit Ende 2019 ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Untreue und Betrug. Mitte Januar 2020 fanden an vierzehn AWO-Standorten in Hessen, Rheinland-Pfalz und Berlin Razzien statt. Die neue Vorsitzende des AWO-Präsidiums Frankfurt kündigte umfassende Aufklärung an.

Besonders personelle Verflechtungen erhitzen die Gemüter. Die Frau des Frankfurter Oberbürgermeisters Feldmann (SPD) beispielsweise erhielt als Kita-Leiterin von Anfang an die höchste Gehaltsstufe, die sie normalerweise erst nach 17 Berufsjahren erreicht hätte. Der Oberbürgermeister selbst war vor seiner Amtszeit ebenfalls bei der AWO beschäftigt.

Auch die Frankfurter Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU) geriet in die Kritik. Anfang 2019 entzog das Dezernat der AWO die Verwaltung zweier Flüchtlingsheime – aufgrund einer „strategischen Neuordnung", wie es hieß. Inzwischen kam heraus: die AWO hatte unter anderem eine Essens-Pauschale erhalten, die weit über dem Betrag lag, der an den Caterer ging. Birkenfeld gestand später ein, dies sei der tatsächliche Grund für die Auflösung des Vertrags gewesen.

awo.de vom 17.2.2020, fr.de vom18.2.2020, gruene-frankfurt.de